

Beschluss des Landesvorstandes der FDP Bremen am 9. Oktober 2023

Weniger Belastung durch Steuern und Bürokratie – mit Wachstum aus der Krise

Deutschland steckt derzeit in einem Wachstumstief. Die Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute prognostiziert für das laufende Jahr einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,6 Prozent.

Um dieser wirtschaftlichen Herausforderung zu begegnen, wird dringend eine Verbesserung der Standortqualität empfohlen. Hauptursachen dafür sind träge Planungs- und Genehmigungsprozesse, hohe Energiekosten, verzögerte Digitalisierung der Verwaltung, ein sich verschlechterndes Bildungssystem und belastende Bürokratie. Deutschland liegt in Europa vor allem bei hohen Steuern und Abgaben vorn, weshalb hier dringender Handlungsbedarf besteht. Die Steuerlast muss wieder besser mit den vom Staat erbrachten Leistungen in Einklang gebracht werden.

Der Landesvorstand der FDP Bremen begrüßt ausdrücklich den Entwurf des Wachstumschancengesetz, den die Bundesregierung am 30. August 2023 beschlossen hat. Dieses Gesetz zielt darauf ab, Bürger und Betriebe jährlich, um rund sieben Milliarden Euro zu entlasten und somit einen dringend benötigten Impuls für die Wirtschaft zu setzen. Es stellt einen bedeutenden Baustein in der Reformagenda der Bundesregierung dar, die insgesamt eine Modernisierung des Staates und eine Entfesselung der Wirtschaft anstrebt.

Der Landesvorstand der FDP Bremen fordert daher den Senat auf, dem Wachstumschancengesetz im Bundesrat zuzustimmen.